

Vortrag

S.E. Boris Tadić
Präsident der Republik Serbien

Jahreshauptversammlung der Südosteuropa-Gesellschaft
Freiburg, den 5. Februar 2005

SERBIEN AUF DEM WEG NACH EUROPA

(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Präsident,

Herr Oberbürgermeister,

meine Damen und Herren,

Es ist für mich eine außerordentliche Ehre, gerade in diesem historischen Gebäude, auf eine, mit dem Südosten Europas, also mit dem Balkan und seiner unmittelbaren Nachbarschaft vertrauten Zuhörerschaft zu treffen. Gleich zu Beginn möchte, ich Sie wissen lassen, wie tief beeindruckt ich bin: durch den Beitrag der Südosteuropa-Gesellschaft für das Verständnis der gesellschaftlichen Prozesse im geographischen Raum zwischen dem Adriatischen und Schwarzen Meer.

Meinem werten Freund Gernot Erler möchte ich insbesondere für diese Gelegenheit danken, meine Überlegungen über Serbiens Herausforderungen auf dem Weg nach Europa mit Ihnen teilen zu dürfen. Sie wissen, dass die Integration Serbiens in europäische und atlantische Strukturen einer der Prioritäten meiner Politik ist. Meinem

offenen Bekenntnis zu einer konstruktiven Regionalpolitik, guten Nachbarschaftsbeziehungen und einer aktiven pro-europäischen Politik sowie zu einem vollständigen Abbruch mit der Vergangenheit, habe ich das Vertrauen der Bürger Serbiens und meine Wahl in das hohe Amt des serbischen Präsidenten zu verdanken.

Serbien auf dem Weg nach Europa: die Skeptiker unter uns würden sagen – weit ist das Ziel und noch schwieriger ist der Weg dahin.

Ich sage jedoch: wenn das Ziel richtig ist, ist kein Weg schwierig.

Nicht nur Serbien ist auf einem Weg nach Europa.

Die Europäische Integration ist keine Einbahnstrasse – ich gestatte es mir an dieser Stelle, diese von Gerhard Schröder so oft gebrauchte Metapher zu benutzen.

Unter Integration verstehe ich also, dass sich Europa ebenfalls auf dem Weg nach Serbien, nach Südosteuropa, auf den Balkan befindet.

Ein kurzer Exkurs sei mir gestattet:

Mit Absicht möchte ich auf das Wort „Balkan“ nicht verzichten. Mit diesem Wort sind in der westlichen Welt, aber selbst auf dem Balkan viele Vorurteile verbunden. Eigenartige historische, kulturelle und politische Rahmenbedingungen haben des Öfteren den Balkan von dem europäischen „mainstream“ fern gehalten. Diese haben den Balkan nicht auf einen anderen Kontinent verlegt. Mit der Vorstellung von einem Raum, der sich *hinter* jener Konfliktlinie befindet, auf welcher Orient und Okzident aufeinander stoßen, wurde der Balkan zu unrecht auf Negation der „europäischen Werte“ reduziert.

Das Wort „Südosteuropa“ ist eine pragmatische Bezeichnung, die wunderbar in den Kontext der europäischen Integration hineinpasst. Die Vorurteile, die über uns in Europa herrschen, können wir nur dann ausräumen, wenn wir selbst den Balkan als einen Raum, wo sich unterschiedliche Kulturen begegnen, und nicht ausschließlich als einen Konfliktraum verstehen. Ich darf an schöne Worte der bulgarischen Historikerin Maria Todorova erinnern, die uns lehrt, weder sich des Balkans zu schämen, noch ihn mit Übermut und Stolz zu lieben.

Serbien auf dem Weg nach Europa

Die Weichen für einen neuen europäischen Weg Serbiens wurden am 5. Oktober 2000 gestellt, nach dem Sturz eines Regimes, dessen autarchische Politik und die im Namen Serbiens geführten Kriege, das Land in eine Misere und bis auf die äußersten Marginen der europäischen Integration getrieben hatten. Die Folgen dieser Politik sind bis heute gegenwärtig und ihre Bewältigung stellt für Serbien eine große Herausforderung dar.

Das moderne und visionäre Serbien, das bereits im Winter 1996/97 durch friedliche Demonstrationen wochenlang für die Anerkennung der Wahlergebnisse kämpfte, will und kann schneller nach Europa. Dieses Serbien hat keine Zweifel darüber, was für Werte das moderne Europa vereinen, welche Werte sind es, die traditionelle Konfliktlinien zwischen Staaten und Völkern beseitigen und aus Feinden enge Verbündete lassen werden. Schließlich fördern diese Werte eine Politik der friedlichen Zusammenarbeit, die auf dem Balkan so notwendig ist. Das „neue“ Serbien, das sich zu diesen Werten – „values“ – bekennt, sieht seine nationale Identität nur durch schnelle europäische Integration bestätigt.

Es gibt aber auch das andere Serbien, das durch Kriegstrauma, Elend und Isolation misstrauisch gegenüber seinen Nachbarn und Europa wurde. Dieses Serbien schafft es nicht, mit der Vergangenheit abzurechnen und die Herausbildung seiner nationalen und staatlichen Identität im vereinten Europa vollenden zu lassen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es keinen anderen Weg für Serbien gibt, als aus der jugoslawischen Kriegstragödie eine wichtige Lehre zu ziehen: in der modernen Welt ist *weder* eine nationale *noch* eine staatliche Konsolidierung auf der Basis von längst überholten Ideen der Nation und der Staatlichkeit möglich. Durch solche Ideen ist aber die noch gültige Verfassung Serbiens geprägt.

Der Konflikt zwischen dem „neuen“ und dem „alten“ Serbien ist die größte Hürde für Serbiens Weg nach Europa. Deshalb gilt es im Jahr 2005 zunächst den Prozess der

verfassungsrechtlichen Konsolidierung Serbiens zu eröffnen. Dies sei der erste und dringend notwendige Schritt für eine staatliche und nationale Konsolidierung Serbiens. Serbien braucht eine neue Verfassung, die sich einerseits am historischen Erbe und aktuellen politischen Rahmenbedingungen und andererseits an der Notwendigkeit einer schnelleren europäischen Integration orientiert. Nun zögerlich begeben wir uns in den Prozess zur Verabschiedung einer neuen Verfassung. Daher habe ich es als meine Pflicht gesehen, der Öffentlichkeit den Entwurf einer neuen Verfassung zu präsentieren und dadurch den Abstimmungs- und Verabschiedungsprozess zu beschleunigen.

Die Verfassungsrechtliche Diskussion halte ich für außergewöhnlich geeignete Gelegenheit, unsere bisherige Reformpolitik unter die Lupe zu nehmen, sowohl Erfolge als auch Fehlentwicklungen unserer Politik seit Oktober 2000 zu evaluieren und daraus Lehren und Konsequenzen zu ziehen.

Wir brauchen eine neue Verfassung, um uns noch deutlicher zu den europäischen Standards im Bereich der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten zu bekennen. Insbesondere gilt dies für die Rechte der ethnischen Minderheiten. Unser Ziel muss sein, dass bei uns und mit uns lebende ethnische Minderheiten so zu fördern, dass sie für die gemeinsame Stabilität und Entwicklung gleichwertig ihren Beitrag leisten können und wollen. Als Heimatland von Serben, die als Diaspora in Nachbarstaaten leben, wollen wir damit ein deutliches Signal setzen: auch sie sollen sich zu Stabilität und Entwicklung ihrer Länder bekennen und ihren Beitrag leisten.

Sie werden mir sicher zustimmen, wenn ich Ihnen sage, dass dies eine der wichtigsten Voraussetzungen für die regionale Stabilität überhaupt ist.

In einer öffentlichen Diskussion lassen sich auch die wichtigsten Grundsätze unserer staatlichen Existenz erörtern: Serbien als Staat aller seiner Bürger, weltoffen und fähig, seine legitime Interessen zu formulieren und mit Interessen anderer abzustimmen. Zudem soll uns die neue Verfassung auf die nahe Zukunft vorbereiten: schon bald werden wir viele wichtige Entscheidungen nicht allein für uns, sondern in gemeinsamer

Abstimmung treffen und auf der Subsidiaritätsbasis treffen. Die Europäische Union beruht auf diesem Fundament und ich trete dafür ein, dass wir dies schon jetzt verfassungsrechtlich regeln. Serbien soll also als ein dezentralisierter Staat konstituiert werden, mit einer starken Selbstverwaltung der Kommunen und Städte und mit breiten Kompetenzen für autonome Provinzen. Die Zentralregierung soll sich lediglich um Gemeinschaftsaufgaben kümmern und ihre Erfüllung gewährleisten.

Meine Damen und Herren,

Vorausgesetzt Serbiens Zukunft liegt in der EU, sehe ich die bevorstehende Verfassungsdiskussion als einen Diskurs über jene Grundsätze und gemeinsame Werte, die Integration Europas vorangetrieben haben und heute in der Europäischen Verfassung verankert sind.

Die Bürden der jüngsten Vergangenheit bringen Serbien, aber nicht nur Serbien, diesbezüglich in Verlegenheit. Als Präsident Serbiens muss ich immer wider betonen, dass die Vergangenheitsbewältigung und Aufarbeitung der Verbrechen, die im Namen des eigenen Volkes verübt worden sind, für das Miteinander mit anderen Völkern unentbehrlich sind. Ich hoffe, dass dieser Gedanke auch bei unseren Nachbarn reift.

Eines Kriegsverbrechens können nur Einzelpersonen für schuldig gefunden werden, keineswegs ganze Völker. Wie ehrlich wir diesen Grundsatz auffassen, lässt sich nicht an unseren Versprechen messen, sondern an unserer Bereitschaft, mit dem Haager Tribunal zusammen zu arbeiten. Jeder, der angeklagt ist, muss sich verantworten – für mich heisst es, dass sich alle in Serbien befindliche Angeklagte diesem Gericht zur Verfügung stellen müssen: freiwillig oder durch die Anwendung von Staatsgewalt. Ihre Unschuld können sie nur vor dem Haager Tribunal beweisen.

Serbien will und darf nicht zum gefangenen dieser Einzelpersonen werden.

Die Entscheidung des Generals Lazarevic, der sich neulich dem Haager Tribunal zur Verfügung stellte, schätze ich sehr. Von der Regierung Serbiens erwarte ich aber eine

vollständige und unverzügliche Zusammenarbeit mit diesem Gerichtshof. Die Regierung soll nicht auf den Ablauf der gestellten Fristen zu warten. Gerade darin besteht der Unterschied zwischen einer zögerlich-unwilligen und einer ehrlichen und entschiedenen Bereitschaft, mit dem Tribunal zusammen zu arbeiten.

Liebe Freunde,

über den Weg Serbiens nach Europa zu sprechen und dabei nicht auf die größte Herausforderung – dem Kosovo – einzugehen, ist für mich kaum denkbar. Das Jahr 2005 wird entscheidend für den künftigen Status dieser Provinz sein, aber auch für eine langfristige Sicherung der politischen Stabilität in Serbien und in ganz Südosteuropa.

Ich denke, Sie werden mir Recht geben, wenn ich behaupte, dass die Lösung der Statusfrage gleichermaßen legitime Interessen aller Bürger im Kosovo – davon machen die Albaner eine überwältigende Mehrheit aus – aber auch legitime nationale und staatliche Interessen Serbiens ansprechen müsste. Ein anderer Lösungsansatz würde die ganze Region destabilisieren.

Als Präsident Serbiens bin ich bereit, alles dafür zu tun, dass Serbien seine legitimen Interessen formuliert, ohne den Interessen anderer – einschließlich der Albaner auf dem Kosovo - zu widersprechen. Das ist die Realität und die Mehrheit unserer Bürger ist dieser Realität bewusst.

Erlauben Sie mir folgende Fragen zu stellen: Habe ich nicht das Recht, diesen Ansatz von anderen Beteiligten in diesem politischen Prozess zu erwarten: von Albanern und von der internationalen Gemeinschaft, die seit 1999 die Verantwortung für diese Provinz übernommen hat?

Die Vorgehensweise der UNMIK, welche die nach der UN-Resolution 1244 die formell geltende Souveränität Serbiens nicht zu beachten vermag, gibt mir nicht viel Anlass optimistisch zu denken.

Hierbei verweise ich auf einen der jüngsten Schritte, nämlich auf den Antrag der UNMIK für Kosovo eine eigenständige internationale Vorwahlnummer einrichten zu lassen. Das ist in unserer Öffentlichkeit keineswegs unbemerkt geblieben. Die formellen Aspekte dieses Antrags lasse ich hier beiseite – mich interessieren die wahren Inhalte:

Werden die telefonischen Verbindungen zum Kosovo besser als bis jetzt?

Das bezweifle ich.

Wird dieser Schritt die Kommunikation der im Kosovo verbliebenen Serben mit Zentralserbien erleichtern?

Nein, das wird es sicher nicht.

Die UNMIK und KFOR hatten 1999 die Aufgabe, die albanische Bevölkerung zu schützen und ihre Rückkehr zu ihren verlassenen Häusern zu ermöglichen. Ich erwarte heute, dass die UNMIK und KFOR im Rahmen ihrer Mission es gleichermaßen als ihre Aufgabe wahrnehmen, den Schutz der serbischen Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Die Serben im Kosovo verfügen nicht einmal über elementare Menschenrechte. Was ist das für ein Leben, wenn die Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist? Für viele Serben im Kosovo ist der Besuch von Schulen und Krankenhäuser ohne den Schutz von Militärischen Begleiteskorten nicht möglich, genauso wie das Aufsuchen ihrer Friedhöfe und Kirchen.

Von einer ernsthaften Rückkehr der über 200.000 vertriebenen Serben, die im Jahre 1999 ebenfalls ihre Häuser im Kosovo verlassen mussten, ist nicht einmal die Rede. Die Situation wurde nach der Gewaltwelle vom März nur noch schlimmer und führte zu einer erneuten Vertreibung von Serben aus dem Kosovo. Als damaliger Verteidigungsminister von Serbien und Montenegro war es mir klar, dass es sich um eine geplante ethnische Säuberung von Serben handelt. Der Exodus der serbischen Bevölkerung wurde im letzten Augenblick gerade noch verhindert. Die darauf folgende Analyse der Ereignisse bestätigte meine Einschätzungen. Bis heute gibt es keine nennenswerte Verbesserung der Lebensumstände für die Serben im Kosovo.

Der öffentlichen Position der Regierung Serbiens und der Serbischen Orthodoxen Kirche zum Trotz, rief ich die Serben im Kosovo dazu auf, sich an den Parlamentswahlen zu beteiligen.

Mein Vorstoß für einen Dialog war konditioniert: im Rahmen eines Dezentralisierungsprozesses seien in serbischen Enklaven autonome Lokalinstitutionen zu bilden: Polizei, Justiz, Schul- und Gesundheitswesen. Ich habe damals einen auf 90 Tage befristeten Vorschlag ausgearbeitet, der von allen Seiten als vernünftiger Kompromiss bezeichnet wurde. Diese Frist läuft bald ab, dennoch wurden bis heute keine wahren Fortschritte verzeichnet. Falls diese vollständig ausbleiben sollten, wird es eine Niederlage für das moderne und visionäre Serbien bedeuten. Dies würde diejenigen Kräfte in Serbien motivieren, die auf einen billigen Populismus und auf den radikalen Nationalismus setzen.

Über die Zukunft des Kosovo müssen Belgrad und Pristina verhandeln, allerdings unter der Vermittlung der internationalen Gemeinschaft. Andernfalls ist die Annerkennung der Argumente und von Interessen beider Seiten nicht gleichermaßen zu gewährleisten.

Viele in Serbien warnen mich, das dies sehr schwierige Verhandlungen sein würden. Und sie werden schwierig sein, wenn man sich als Feind am Verhandlungstisch begegnet. Ich glaube nicht, dass ich als Präsident Serbiens *per definitio* den Albanern feindlich gesinnt bin. Diejenigen, die es so darstellen, glauben nicht wirklich an einen demokratischen Dialog und werden sich für die Durchsetzung ihrer Ziele andere Wege suchen. Das befürchte ich.

Als vor einiger Zeit die Auffassung von einer zweistufigen Herangehensweise an das Kosovo-Problem, nach dem Prinzip „zuerst die Standards und dann der Status“ vertreten wurde, wurde gesagt, dass Belgrad sich an den Statusverhandlungen direkt beteiligen würde. Neuerdings tritt man des Öfteren mit einer neuen Auffassung hervor, dass eine gleichzeitige Lösung der Standards und der Statusfrage effektiver sein würde. Solange

Belgrad am politischen Prozess nicht beteiligt ist, können wir darüber nicht mal nachdenken.

Europa auf dem Weg zu Serbien, den Balkan und Südosteuropa

Wie ich bereits erörtert habe, sehe ich eine europäische Integration Serbiens als einen sehr komplexen Prozess, dessen Fortschritte sich nicht nur an unserem Beitrag messen lassen. Eine herausragende Rolle in diesem Prozess gilt auch für Instrumente und Mechanismen, die uns die EU zur Verfügung gestellt hat.

Es handelt sich nicht nur darum, in welchem Maße und wie schnell Serbien eine Annäherung an Europa sucht, sondern auch darum, wie ernsthaft Europa dazu bereit ist.

Die EU-Erweiterung auf 10 neue Mitgliedstaaten im Jahr 2004 war die Vollendung des umfangreichsten politischen Projekts auf unserem Kontinent nach dem II. Weltkrieg, welches 15 Jahre lang dauerte. Wenn man die ganze Breite der Integrationsprozesse in Europa des Jahres 2004 analysiert, können folgende Schlussfolgerungen gezogen werden, die für eine schnellere Integration Südosteuropas ernsthafte Hoffnungen wecken:

1. Die erfolgreiche EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 hat bewiesen, dass die EU über effiziente Mechanismen und angemessene Instrumente für die Realisierung von langfristigen politischen Zielen verfügt.
2. Mit 25 oder 30 Mitgliedsstaaten wird es nicht zwingend zu einer Schwächung der institutionellen Kapazität der EU kommen. Die Entscheidungsblockaden können durch Stärkung des Europa-Parlaments und dank seiner demokratischen Legitimation vermieden werden – an dieser Stelle verweise ich auf die Wahl der neuen EU-Kommission.
3. Die Europäische Verfassung wird bei all kontroversen Diskussionen den Prozess der internen und externen Integration begünstigen.

Mit der Erweiterung ist die EU zu unserem unmittelbaren Nachbar geworden. Dadurch werden ganz neue Perspektiven einer regionalen Zusammenarbeit, als eines der wichtigsten Integrationsfaktoren für Südosteuropa, eröffnet.

Slowenien ist als erstes südosteuropäisches Land zum EU-Mitglied geworden. Ihre Erfahrungen aus dem Annäherungsprozess werden ein wertvoller Wegweiser für andere Länder in der Region sein. Rumänien und Bulgarien haben ihre Beitrittsverhandlungen abgeschlossen und werden im Jahr 2007 ihre Mitgliedschaft aufnehmen. Kroatien hat eine positive Bewertung ihres Antrags auf eine Mitgliedschaft und wird bald die Beitrittsverhandlungen eröffnen. Mazedonien hat sich inzwischen für eine Mitgliedschaft beworben.

Für Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien-Montenegro steht der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess bevor. Ein Zutritt zu den Strukturfonds für diese Länder würde ihre Heranführung an die EU sicherlich beschleunigen. Damit würde die Bereitschaft der EU signalisiert, mit kreativen Mitteln den Integrationsprozess zu begünstigen.

Im Jahr 2004 wurden die Fortschritte, welche im Rahmen des Stabilitätspaktes erzielt wurden, evaluiert. Der größte Beitrag wurde durch regionale und wirtschaftliche Zusammenarbeit, durch die Errichtung einer Freihandelszone und durch gemeinsame Infrastrukturprojekte geleistet. Bis vor Kurzem undenkbare Ziele wurden in nur fünf Jahren verwirklicht. Das gibt Anlass für Hoffnungen.

Die wirtschaftsfördernden Maßnahmen der EU bringen die ersten Ergebnisse: Das Wirtschaftswachstum Serbiens betrug im Vorjahr fast 7%. Das gibt mir eine Zuversicht, an Serbien als führende Wirtschaftskraft auf dem Balkan zu glauben. Wir müssen aber ein verbessertes Investitionsklima schaffen, um strategisch mittel- bis langfristig unsere Wirtschaftsentwicklung zu sichern. Deshalb sehe ich es als meine vorrangige Aufgabe, durch politische Stabilität die Voraussetzungen für Auslandsinvestitionen zu

ermöglichen. Hierbei sehe ich Deutschland als einen der wichtigsten politischen und strategischen Partner Serbiens.

Abgesehen von der unumstrittenen Erfüllung unserer Verpflichtungen gegenüber dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag, ist das Jahr 2005 von genauso hoher Bedeutung im Hinblick auf die vorgenommenen Aufgaben Serbiens auf seinem Weg nach Europa - hierbei denke ich in erster Hinsicht an den Prozess der verfassungsrechtlichen, nationalen und staatlichen Konsolidierung - wie die Bereitschaft der Europäischen Union und der internationalen Staatengemeinschaft, uns bei diesem Vorhaben zu unterstützen.

Serbien hat es eilig, durch eine Mitgliedschaft in der EU ihren gesellschaftlichen Reformprozess zu verwirklichen. Die Ermordung des Ministerpräsidenten Đinđić hat diesen Prozess nur vorübergehend verlangsamt – davon bin ich zutiefst überzeugt.

Mir ist es bewusst, dass es auf unserem Wege nach Europa keine Abkürzungen geben kann. Der Status eines vollwertigen Mitglieds der EU setzt die Erfüllung von präzise definierten Kriterien und Standards voraus.

Wir haben es alle eilig, das Problem des Kosovos im Interesse aller seiner Bürger zu lösen. Die Erfüllung der festgelegten Standards sehe ich als den Weg, der uns zur Lösung der Statusfrage führt. Die Lösung der Statusfrage ist also unser Ziel und kann nicht als Abkürzung für die Erfüllung der Standards verstanden werden.

Ein europäischer Weg kennt keine Abkürzungen. Seine Weichen sind die Werte, die uns verbinden. An diese Werte glaube ich.